

Hauptamt
10.2

26. Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 01.02.2024

Frage Nr.: 2195 Städtepartnerschaft L'viv-Lemberg
Stadtv. Korenke - CDU -

Mit der Ankündigung der Koalition, eine Partnerschaft mit einer ukrainischen Stadt realisieren zu wollen, folgt sie u.a. einer Anregung der CDU. Durch die Wahl der Stadt L'viv, ehemals Lemberg, zeigt Frankfurt Solidarität mit einem Land und einer Stadt im Krieg. Es muss jedoch auch die Historie der künftigen Partnerstadt der Erinnerungskultur der Frankfurter zugänglich gemacht werden. Das damalige Lemberg war Schauplatz unsäglichter Gräueltaten durch die Nationalsozialisten und ihre Helfershelfer, von Pogromen und Massakern, wie sie nur durch Babi Jar übertroffen wurden.

Ich frage den Magistrat:

Wird im Rahmen der künftigen Verbindungen von Frankfurt und L'viv auch diesem durch die Deutschen verursachten Teil der Geschichte Raum gegeben?

Die Frage wird wie folgt beantwortet:

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Arslaner,
sehr geehrte Frau Stadtverordnete Korenke,
meine Damen und Herren,

wie bei jeder internationalen Städtekooperation sind die Beziehungen zwischen den Städten und Ländern auch in einer historischen Perspektive zu berücksichtigen und zu beleuchten. Dazu können auch problematische Aspekte und Sachverhalte von Geschichte gehören, die es dann selbstverständlich zu thematisieren gilt. Dessen ist sich der Magistrat bewusst, zumal die Erinnerungskultur und -arbeit eine der tragenden Elemente der deutschen Demokratie und aktuell stärker denn je gefordert ist – nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Die Frankfurter Erinnerungskultur hat sich in den letzten Jahren zu einem offenen, vielfältigen und impulsgebenden Bereich des gesellschaftlichen Zusammenlebens entwickelt. Es

erscheint daher als unumgänglich, die Themen der Erinnerungskultur in die zukünftigen Partnerstadtbeziehungen zu implementieren.

Die ukrainische Stadt Lviv als möglicher kommunaler Partner wurde auch vor diesem Hintergrund sehr bewusst ausgewählt.

Wie die Zusammenarbeit mit internationalen Kooperationspartnern konkret ausgestaltet wird, obliegt daher nicht nur dem Magistrat, sondern ist auch ein Angebot an jede und jeden in Frankfurt, sich zu engagieren.